

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Vosen, Roth, Dr. Hauff, Dr. Ehmke (Bonn), Catenhusen, Fischer (Homburg), Grunenberg, Hansen (Hamburg), Dr. Kübler, Nagel, Stahl (Kempen), Stockleben, Vahlberg, Frau Blunck, Wolfram (Recklinghausen), Kuhlwein, Reuter, Antretter, Brück, Dr. Hauchler, Dr. Holtz, Ibrügger, Jungmann, Dr. Klejdzinski, Schanz, Voigt (Frankfurt), Dr. Vogel und der Fraktion der SPD

zur Erklärung der Bundesregierung zu EUREKA

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert,

- zusammen mit den europäischen Partnern den französischen Vorschlag für eine europäische Technologiegemeinschaft EUREKA aktiv zu unterstützen;
- EUREKA im Interesse der Selbstbehauptung Europas, insbesondere seiner technologischen Weiterentwicklung, als ausschließlich ziviles Programm auszugestalten.

Dazu müssen vordringlich die folgenden Schritte unternommen werden:

- die rasche Verbesserung und Vereinheitlichung der Rahmenbedingungen für einen europäischen Forschungs- und Industrieraum durch z. B.
 - erhöhten Informationsaustausch,
 - einheitliche Normen,
 - gemeinsame Ausschreibungen und
 - innovative Beschaffungen;
- die gemeinsame Definition und Inangriffnahme von Infrastrukturprojekten, die geeignet sind, die innereuropäischen Grenzen abzubauen durch z. B.
 - ein europäisches Programm zur Humanisierung des Arbeitslebens,
 - ein umfassendes europäisches Umweltschutzprogramm (Aufforstungsprogramme, Recyclingtechnik-Programme, Entgiftungsprogramme),
 - ein europäisches Programm zur Ressourcenschonung,

- ein einheitliches neues, breitbandiges geschäftliches Kommunikationsnetz,
- ein europäisches Schnellbahnsystem (Magnetbahn);
- die notwendige Fortführung des zivilen europäischen Welt-
raumprogramms durch die ESA, welches bisher beachtliche
Erfolge erzielt hat;
- die vordringliche Finanzierung von EUREKA durch zusätz-
liche, das Forschungs- und Entwicklungsvolumen in Europa
insgesamt deutlich erhöhende öffentliche Mittel;
- eine Einbeziehung von EUREKA in den Rahmen der Europäi-
schen Gemeinschaft, die eine flexible Beteiligung von Nicht-
EG-Mitgliedstaaten sicherstellt und die Möglichkeiten des
Gemeinsamen Marktes sowie der Gesetz- und Normengebung
der EG für die Technologiepolitik nutzt;
- die verstärkte Zusammenarbeit im technischen und industri-
ellen Bereich mit den Entwicklungsländern;
- die Stärkung der Verantwortung der Europäischen Kommission
und des Europäischen Parlaments für die Durchführung dieser
Maßnahmen im Rahmen der Reform der europäischen Institu-
tionen.

Bonn, den 7. November 1985

Vosen

Roth

Dr. Hauff

Dr. Ehmke (Bonn)

Catenhusen

Fischer (Homburg)

Grunenberg

Hansen (Hamburg)

Dr. Kübler

Nagel

Stahl (Kempen)

Stockleben

Vahlberg

Frau Blunck

Wolfram (Recklinghausen)

Kuhlwein

Reuter

Antretter

Brück

Dr. Hauchler

Dr. Holtz

Ibrügger

Jungmann

Dr. Klejdzinski

Schanz

Voigt (Frankfurt)

Dr. Vogel und Fraktion

Begründung

Die Selbstbehauptung Europas muß auch in der Forschungs- und Technologiepolitik das entscheidende Ziel staatlichen Handelns werden. Zur Selbstbehauptung Europas gehört für diese Gemeinschaft von Industrieländern der Aufbau und Ausbau der Zusammenarbeit bei der Entwicklung moderner Technologien. Die Chance, die sich mit der von den europäischen Staaten erkannten technologischen Herausforderung durch die USA und Japan jetzt bietet, hat historische Bedeutung.

Es besteht aber die Gefahr, daß diese Chance durch ziel- und mittelloses Vorgehen der europäischen Staaten in einem jahrelangen Abstimmungsprozeß vertan wird.

Die europäischen Spitzenforscher und die europäische Hochtechnologieindustrie warten auf eine neue Anstrengung der europäischen Regierungen, um in Europa zukunftssträchtige und wettbewerbsfähige Industrien zu entwickeln. Europa muß ein Kontinent der modernen Technologie bleiben.

Die von uns geforderten Aufgaben machen zusätzliche öffentliche Mittel in Europa notwendig. Die Bundesregierung lehnt bisher eine zusätzliche EUREKA-Finanzierung ab, da sie keine weiteren Subventionen geben will. Dies bedeutet eine Verkennung des Stellenwertes von Forschung und Technologie für die Zukunft Europas.

Eine weitere Stärkung des Europa-Gedankens und die weitere schrittweise Integration Europas können nur gelingen, wenn die vorhandenen europäischen Institutionen gestärkt und nicht umgangen werden.

Schließlich wird das von uns geforderte Vorgehen einen wesentlichen Beitrag dazu leisten, durch die rechtzeitige Vorbereitung der europäischen Industrie auf die zukünftige Wettbewerbssituation die Arbeitsplätze Europas im weltweiten Wettbewerb zu erhalten und zu stärken.

